

# Im Wahlkampf Ja – Nein im Parlament

**Ständerat** Haben bei der Ehe für alle vier  
Parlamentarier ihre Meinung geändert?

**Claudia Blumer**

Wird der Ständerat die Ehe für alle ebenfalls befürworten? Der Nationalrat hat die Vorlage im Sommer grossmehrheitlich gutgeheissen, im Ständerat wird ein knapperes Resultat erwartet. Letzte Woche hat nun die ständerätliche Rechtskommission einen ersten Entscheid gefällt und die Vorlage mit sieben zu einer Stimme bei vier Enthaltungen angenommen.

Allerdings: Laut Smartvote-Profil befürworten 11 der 13 Kommissionsmitglieder die Ehe für alle, sogar «gleiche Rechte für homosexuelle Paare in allen Bereichen», so ist die Frage auf der Wahlhilfeplattform formuliert. Von der Rechtskommission beantworteten sie nur die CVP-Ständeräte Beat Rieder (VS) und Stefan Engler (GR) mit Nein. Die anderen Kommissionsmitglieder sagten auf Smartvote klar Ja. Also müsste die Vorlage in der Kommission elf Ja-Stimmen bekommen haben, nicht bloss sieben.

Wer sind die vier, die entgegen ihrer öffentlich erklärten Meinung stimmten? Klammert man SP und Grüne aus, die geschlossen dafür sind, verbleiben die FDP-Ständeräte Andrea Caroni,

Philippe Bauer, Martin Schmid und Thomas Hefti, der Parteilose Thomas Minder und die CVP-Ständerätin Heidi Z'graggen dem Rat beantragen, die Verfassung anzupassen.

## Gegner sind für Verfassungsänderung

Heute heisst es in der Verfassung: «Das Recht auf Ehe und Familie ist gewährleistet.» Eine explizite Einschränkung auf Mann und Frau gibt es nicht. Dennoch sind einige Parlamentarier und auch ein Teil der Rechtsexperten der Ansicht, dass bei einer Erlaubnis der gleichgeschlechtlichen Ehe die Verfassung geändert werden müsse. Es sind in der Regel die Gegner der Eheöffnung, die für eine Verfassungsänderung plädieren. Heidi Z'graggen ist offenbar eine Ausnahme.

Oder auch der Schaffhauser Thomas Minder. Es sei richtig, dass er sich auf Smartvote für die Homosexuellehe ausgesprochen habe, lässt sein Sekretär ausrichten. Dennoch gehöre er in der Kommission zur Minderheit. Inzwischen seien bekanntlich noch andere Liberalisierungen in die Vorlage eingeflossen, vor allem im Bereich Reproduktionsmedizin. Dort stehe er einer Öffnung sehr kritisch gegenüber. Grundsätzlich bedürfe eine so fundamentale Neuerung einer Verfassungsanpassung.

Nicht geantwortet haben bis gestern Abend die Freisinnigen Thomas Hefti (GL) und Martin Schmid (GR). Ihre Haltung zur Vorlage und zur Smartvote-Antwort ist damit offen. Offensichtlich gehören sie nicht zu jenen, die in der Kommission Ja sagten zur Ehe für alle. Denn die sieben Ja-Stimmen sind mit Links-Grün, Andrea Caroni und Philippe Bauer ausgeschöpft.

Interessant am Kommissionsentscheid ist eine Regelung, die der Ausserrhodener Caroni in der Detailberatung eingebracht hat: Die Mutterschaftsvermutung soll nicht eingeführt werden, wenn in einer lesbischen Ehe ein Kind zur Welt kommt – sondern nur dann, wenn das Kind aus einer im Inland durchgeführten Samenspende stammt. Damit soll das Recht des Kindes auf Kenntnis seiner Abstammung besser gewährleistet sein.

Heute gehen lesbische Paare für die Anwendung von reproduktionsmedizinischen Massnahmen ins Ausland, da ihnen der Zugang in der Schweiz verwehrt ist. Künftig gäbe es keinen Grund mehr für Auslandsreisen – ausser jenem, dass dort anonyme Samenspenden möglich sind, was dem schweizerischen Recht ohnehin widerspricht. Auch soll laut Caronis Vorschlag die Mutterschaft bei lesbischen Ehepaaren nicht mehr angefochten werden können, wie das bei der Vaterschaft heute möglich ist.

## Nur geringe Erfolgsquote bei Kesb-Fällen am Bundesgericht

**Auswertung** Wer mit einem Entscheid der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (Kesb) nicht einverstanden ist und dagegen bis vor Bundesgericht geht, hat schlechte Karten. Nur gerade in 5 Prozent der Fälle kommt es zu einer Gutheissung, zeigt eine Auswertung der «SonntagsZeitung». Berücksichtigt wurden fast 800 Kesb-Urteile von 2013 bis Juli 2020.

Gemeinhin liegt die Erfolgsquote am Bundesgericht bei 10 bis 15 Prozent. In der Deutschschweiz kommt es viel häufiger als in der Romandie zu Kesb-Streitigkeiten, die vom Bundes-

gericht geklärt werden müssen. In mehr als der Hälfte der Urteile geht es um Beistandschaften oder um fürsorgerische Unterbringung. Für das Bundesgericht ist die tiefe Erfolgsquote ein Zeichen dafür, dass die kantonalen Instanzen korrekt arbeiteten. Zudem sei davon auszugehen, dass auch «objektiv aussichtslose Fälle» ans Bundesgericht weitergezogen würden. Die Analyse der Urteile zeigt auch: In mehr als zwei Dritteln aller Fälle wurden die Betroffenen nicht von einem Anwalt unterstützt. Und diese Laienbeschwerden scheitern fast alle. (red)

## Taskforce empfiehlt einen kleinen Lockdown als Option

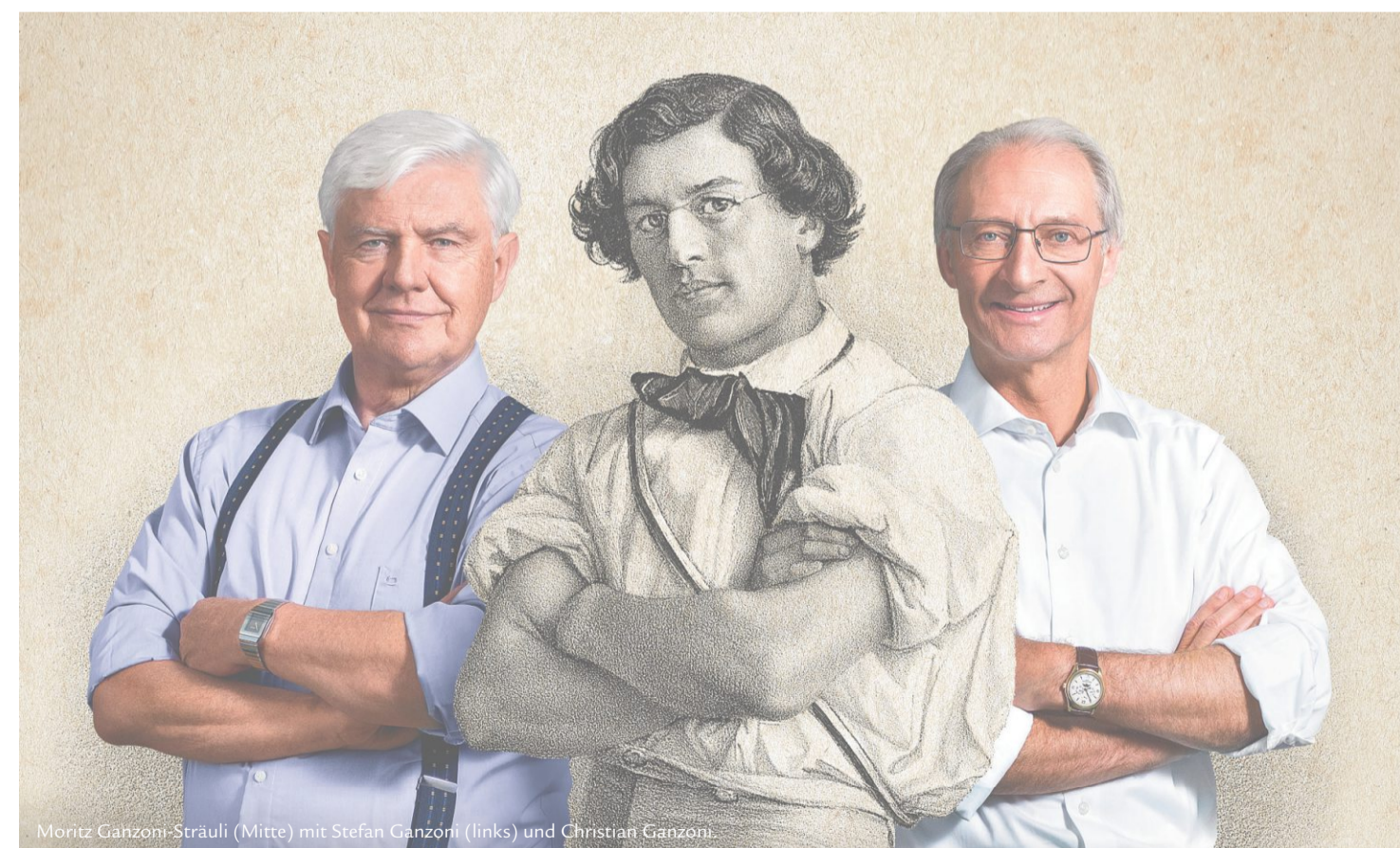
**Corona-Pandemie** Die Taskforce des Bundes fände es sinnvoll, wenn sofort und für die nächsten acht Wochen alle Restaurants, Bars und Museen geschlossen sowie Konzerte abgesagt würden. Zudem sollen private Treffen auf Personen aus zwei Haushalten beschränkt werden. Diese Empfehlungen wurden am Samstag publiziert. Würden sie umgesetzt, befände sich die Schweiz faktisch in einem kleinen Lockdown.

Mehrere Taskforce-Mitglieder reagierten allerdings laut der «SonntagsZeitung» überrascht über die zentralen Forderungen

des Papiers. Ihnen zufolge sei man im Gremium zum Schluss gekommen, dass die flächendeckenden Schliessungen erst opportun sind, wenn sich in den nächsten zwei Wochen die Fallzahlen nicht deutlich reduzieren. Namentlich die Meinungen zur Notwendigkeit und zur Dringlichkeit der Schliessung der Restaurants gingen weit auseinander. Der Präsident der Taskforce, Martin Ackermann, sagt dazu: Man plädiere dafür, dass sich «die Schweiz schon heute vorbereitet für Schliessungen» und dass diese eine Option bleiben müssten. (red)

ANZEIGE

# Start-up bleibt selbstbestimmt. Nun in der 5. Generation.



Als 1864 mit der Gründung von «Ganzoni und Barthelts» in Winterthur der Grundstein für SIGVARIS GROUP gelegt wurde, gab es den Begriff «Start-up» noch nicht. Was es hingegen gab, war der Wille, sich immer wieder neu zu erfinden – genau wie ein Start-up. Zuerst stellte man einfache Gummibänder her, und heute ist man der führende Anbieter von medizinischen Kompressionstextilien. Seit über 100 Jahren mit dabei: Swiss Life. Wir begleiten SIGVARIS GROUP durch alle Höhen und Tiefen und unterstützen sie dabei, weiterhin selbstbestimmt entscheiden zu können. SIGVARIS GROUP und Swiss Life – seit Generationen gemeinsam am Start.

Selbstbestimmt leben.

SwissLife



«Ich werde mich  
persönlich für die  
Vorlage einsetzen,  
wenn sie zur  
Abstimmung  
kommt.»

**Heidi Z'graggen**  
CVP-Ständerätin (UR)

Philippe Bauer, Martin Schmid und Thomas Hefti, der Parteilose Thomas Minder und die CVP-Ständerätin Heidi Z'graggen. Eine Umfrage der Redaktion bei diesen fünf Kommissionsmitgliedern sollte Klarheit schaffen.

Philippe Bauer und Andrea Caroni rufen zurück – sie gehören zur befürwortenden Mehrheit. Heidi Z'graggen meldet sich ebenfalls und erklärt: Sie befürworte die Ehe für alle, doch sie habe sich in der Kommission enthalten, weil sie der Ansicht sei, dass die Ehe für alle eine Verfassungsänderung brauche. Die damit einhergehende Volksabstimmung verzögere die Inkraftsetzung etwa um ein halbes Jahr, das sei verkraftbar, sagt die vormalige Urner Regierungsrätin. Sie gehe davon aus, dass die Vor-